

Historie

ELITE-HOCHSCHULE UND PRINZEN-UNI

Die 1818 gegründete Bonner Universität war nicht nur von Anfang an eine Spitzen-Universität – dem Rang der hier tätigen Professoren nach – sondern auch viele Student/innen waren oder wurden berühmt. Einer von ihnen war Prinz Albert von Sachsen-Gotha-Coburg, der 1837/38 sein Philosophiestudium in Bonn abschloss. Er besuchte 1845 Bonn noch einmal. Seine junge Frau wohnte als wohl prominentester Gast vom Balkon des Palais Fürstenberg der Enthüllung des Beethovendenkmals bei: Queen Victoria von England.

Man sagt, der Besuch in Bonn – beim damals ersten Beethovenfest – und anderer Orte in Deutschland sei dem Willen der Königin zu verdanken, die Gegenden kennen zu lernen, an denen ihr Ehemann vor der Heirat gelebt hatte. Victoria und Albert waren zwar auf der Suche nach einer standesgemäßen Ehe einander vermittelt worden, aber offenbar war daraus eine moderne Liebesheirat geworden. Prinzen-Uni wurde Bonns Alma Mater vor allem genannt, weil außer Albert auch die Preußen-Prinzen hier studierten.



Prinz Albert

Volkshochschule Bonn

EIN BAUSTEIN GELEBTER DEMOKRATIE

Bildung war über Jahrhunderte ein Privileg für die Oberen. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts merkten sie, dass mit Ungebildeten die Industrialisierung nicht funktionieren würde. Auch die Arbeiterbewegung erkannte, dass Freiheit und Solidarität nicht ohne Kenntnisse er kämpft werden können. So entstanden viele Volks- und Arbeiterbildungsvereine sowie Volksbüchereien. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erreichte die Idee, wissenschaftliche Erkenntnisse der breiten Bevölkerung nahe zu bringen die Hochschulen. Diese „Universitätsausdehnungsbewegung“ erreichte 1904 Bonn.

Info: Informationen zum Kursangebot und den Öffnungszeiten der VHS Bonn sind zu finden unter: www.vhs-bonn.de



STADTARCHIV BONN – LÖSUNG ENDLICH IN SICHT

Für die Unterbringung des Stadtarchivs Bonn zeichnet sich eine Lösung ab: Die Stadtverwaltung schlägt vor, an der ehemaligen Pestalozzi-Schule einen Magazinneubau zu errichten und die Räume für Büros, Werkstätten und Benutzung im denkmalgeschützten Schulgebäude unterzubringen. Dr. Helmut Redeker, Vorsitzender des Kulturausschusses, begrüßt diesen Vorschlag: „Seit vielen Jahren ist allen klar, dass die Räume des Stadtarchivs im Stadthaus nicht mehr geeignet sind. Ständige Wassereinträge und ein schlechtes Raumklima gefährden das Archivgut, und Platz für weitere Unterlagen gibt es auch schon lange nicht mehr. Deshalb ist wichtig, dass möglichst schnell mit dem Bau des Magazins begonnen wird, um den Archivumzug nicht noch länger heraus zu zögern.“ Das Stadtarchiv Bonn bewahrt städtische Akten und historische Unterlagen aus der Bonner Stadtgeschichte und

Am 18. Juli 1904 wurde die Bonner Volkshochschule im Drei-Kaiser-Saal an der Kölnstraße offiziell gegründet. Damit war sie eine der ersten im Kaiserreich. Gleich in den Anfangsjahren hatte sie rund 1400 Kursteilnehmer*innen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurden es fast doppelt so viele. Die Demokratie braucht erst recht informierte Bürger*innen und so wurden die VHS in Artikel 148 der Weimarer Verfassung verankert. Leider verhinderte das nicht die Macht der Nazis, die auf gebildete Bürger gut verzichten konnten und die Volkshochschulen kurzer Hand auf-

lösten. Mit der zweiten Demokratiegründung in Deutschland, der Bonner Republik, entstanden auch die VHS wieder neu. In Bonn hat die VHS mit dem „Haus der Bildung“ am Bottlerplatz, in dem auch die Stadtbibliothek untergebracht ist, 2015 ein zeitgemäßes und barrierefreies Gebäude bezogen. Mit mehr als 1000 Kursen für über 30.000 Teilnehmende bietet sie ein vielseitiges Bildungsangebot für alle. Von den 178 in Bonn lebenden Nationalitäten sind 140 in der VHS vertreten. Auch hier zeigt sich Bonn als internationale Stadt.



stellt sie der interessierten Öffentlichkeit und der Forschung zur Verfügung. Besonders für Schülerinnen und Schüler ist das Archiv ein wichtiger außerschulischer Lernort, an dem beispielsweise Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus eingesehen werden können. Aktuell sucht auch die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus eine neue Unterbringung als Ersatz für den bisherigen Standort im Viktoriakarree. Peter Kox, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Vorstand der Gedenkstätte, weist darauf hin, dass diese am besten an einem authentischen Ort untergebracht werden sollte: „Wir prüfen zurzeit unter anderem, ob die Gedenkstätte im Kloster Endenich angesiedelt werden könnte. Von dort wurden die Bonner Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager deportiert. Sollte die Idee der Unterbringung an einem his-

torischen Ort aber scheitern, wäre sicherlich auch die Pestalozzi-Schule denkbar. Dann lägen die Einrichtungen, in denen so wichtige Aspekte der Bonner Stadtgeschichte dokumentiert werden und in denen immer wieder Ausstellungen stattfinden, beieinander und Stadtarchiv und Gedenkstätte könnten eng zusammenarbeiten.“



Dr. Helmut Redeker



Peter Kox

DURCHBRUCH BEIM KAMPF GEGEN DEN BAHNLÄRM

Lärm macht krank! Viele Bonner/innen leiden unter dem Bahnlärm. Seit Jahren setzt sich Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber daher für besseren Lärmschutz ein. Nach ersten kleineren Erfolgen berichtet er nun über einen großen Durchbruch im Kampf gegen den Bahnlärm: Bis 2020 wird sich der Lärm halbieren. Langfristig ist sogar eine Reduzierung der Zahl der Züge und damit weiterer Lärmschutz möglich.

laufen dann deutlich leiser auf den Schienen. Dadurch sind diese Güterwaggons nur noch halb so laut. Die Bundesregierung fördert den Umbau der bestehenden Waggons; mehr als 50 Prozent haben bereits sogenannte „Flüsterbremsen“ erhalten.

Dieser Erfolg beim Lärmschutz würde aber zunichte gemacht, wenn immer mehr Güterzüge durch Bonn fahren. Deswegen schlägt Bonns Bundestagsabgeordneter seit Jahren den Bau von Entlastungsstrecken vor. Mit Erfolg: Der neue Bundesverkehrswegeplan sieht vor, in den nächsten Jahren die Strecke von Hagen über Siegen nach Gießen für moderne Container-Güter-

züge fit zu machen. Dann würden Züge aus dem östlichen Ruhrgebiet und Hamburg/Bremen eher diesen Weg nehmen und das Rheintal meiden.

Weiterhin ist vorgesehen, den Vorschlag einer Güter-Neubaustrecke Troisdorf-Mainz genau zu untersuchen. Diese soll ab Troisdorf weitgehend im Tunnel durch Westerwald und Taunus gehen und das Rheintal dann vollständig vom Güterzug-Durchgangsverkehr befreien. Wenn die Überprüfung von Kosten und Nutzen wie erwartet positiv ist, kann das Projekt noch in den „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans aufsteigen.



IMPRESSUM

Herausgeber: Gabriel Kunze
Redaktionsadresse: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Bonn
Clemens-August-Str. 64, 53113 Bonn
Tel. 0228 - 249800, Fax 0228 - 249803
E-Mail: redaktion@spd-bonn.de

Chefredakteur: Alexander-Frank Paul (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Wolfgang Wierner, Sebastian Welter
Redaktionelle Mitarbeit: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Markt 2, 53111 Bonn
Vorsitzende: Bärbel Richter

Layout & Design: SCHWIND' Agentur für Zukunftskommunikation GmbH, Bonn
Druck: Bechtle Druck und Verlag, Esslingen

BONN
SPD

RESPEKT UND
HERZENSBILDUNG
S. 02

BÜRGERENTSCHEID
HALLENBÄDER
S. 03

RHEINTAL BALD
OHNE GÜTERZÜGE?
S. 04



RHEINBLICK

DIE ZEITUNG DER BONNER SPD. 01./2017

WISSENSCHAFT UND BILDUNG IN BONN

Bonns blühende Bildungslandschaft

BONN WÄCHST. Bonn wächst. Unternehmen haben kein Problem, qualifizierte Mitarbeiter/innen zu finden. Nicht nur, weil Bonn schön ist, sondern auch, weil die Stadt eine überdurchschnittliche Schullandschaft aufweist.

Mit 22 Gymnasien, 5 Gesamtschulen, 8 Realschulen, 5 Hauptschulen, 52 Grundschulen und 5 Berufsschulen sind schon quantitativ beeindruckend. Aber

dennoch gelten 16.000 Kinder als von Armut bedroht. „Das erschwert ihnen den Zugang zu Bildung“, sagt Gieslitz Grenz, schulpolitische Sprecherin der Bonner SPD-Ratsfraktion, „wie überall steckt auch die Inklusion, die Einbeziehung von Kindern mit Behinderungen, noch in den Anfängen“.

Dörthe Ewald, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD im Rat hat weitere Fragen: Sollten sich Unternehmen nicht stärker an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligen, die nicht zuletzt den Unternehmen nützt? Wieso dürfen konfessionell geführte Schulen sich weiterhin ihre Schülerinnen und Schüler aussuchen, obwohl sie ebenso steuerfinanziert sind, wie städtische Schulen? Warum muten

wir Neunjährigen den Stress eines Auswahlverfahrens beim Übergang in die weiterführende Schule zu? Und warum treiben wir sie danach in acht Jahren, 17jährig zum Abitur? Es gibt wohl berechtigte Klagen der Unis, dass sehr viele Abiturient/innen den Anforderungen dann noch nicht gewachsen sind. Gerade in Bonn spreche auch die Integration von Kindern aus 178 Nationen für mehr Zeit in der Schule. Auch mit dem baulichen Zustand der Berufskollegs könne man angesichts des weltweiten Modellcharakters unserer Berufsausbildung nicht zufrieden sein.

Neben der Universität und der Fachhochschule Rhein-Sieg haben viele weitere Hochschulen, Forschungsein-

richtungen, bedeutende Wissenschaftsorganisationen und Stiftungen ihren Sitz in der Region. Bonn ist eine veritable Stadt der Wissenschaft. Da verwundert es besonders, wenn die Ratsmehrheit die Existenz des Deutschen Museums in Frage stellt, um nach langem Kampf doch noch einen Zuschuss zu bewilligen – wenn auch 100.000 € weniger als veranschlagt. Für ihren Einsatz um den Erhalt dieses ausgezeichneten Lernorts für das Verstehen naturwissenschaftlicher und technischer Zusammenhänge erhielt die Direktorin Dr. Andra Niehuis verdientermaßen den „Bröckemännchen-Preis“ des Bonner Medien Club.



MARTIN SCHULZ

KANN ER KANZLER?

wenn Familie und Freunde einen wider aufrichten und man dadurch eine zweite Chance bekommt.“ Mit Energie und Tatkraft wurde er nicht nur Buchhändler, sondern erfolgreicher Kommunal- und Europapolitiker.

Martin Schulz setzt ein klares Ziel für die Bundestagswahl am 24. September: Die SPD wird stärkste Partei und er Bundeskanzler. „Denn wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Dass die Menschen sicher und gut leben können“. Dazu zählen sichere Jobs und gute Löhne – Grundbedingungen für eine Rente, von der man später in Würde leben kann. Außerdem eine innovative Wirtschaft und eine gerechte Steuerpolitik. Dafür brauche Deutschland eine starke Sozialdemokratie.

lebt. Deshalb ist die Partei der Höckes, der Gaulands und Petrys keine Alternative für Deutschland, sondern eine Schande für die Bundesrepublik.“

Im Kern gehe es aber darum, die Gesellschaft zusammenhalten. „Der Kitt unserer Gesellschaft sind die Sportvereine, die Nachbarschaftsinitiativen, die Kirchen, die Gewerkschaften und Betriebe und die Bildungsstätten.“ Sie zu unterstützen sei das Gebot der Stunde. Im Zentrum sozialdemokratischer Politik sollen weiterhin Familien und Kinder stehen. Eine Bundesregierung mit Martin Schulz an der Spitze werde mehr in gute Bildung und in die Sanierung der Schulen – die „Leuchttürme“ unserer Gesellschaft – investieren.

„Lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen und das mutlose ‚Weiter so‘ beenden“, so Martin Schulz.

Kaum war Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD nominiert, wurde versucht ihn zu verunglimpfen: er habe nicht studiert und als jugendlicher Alkoholprobleme gehabt. In der Tat stammt Martin Schulz aus

„einfachem“ Elternhaus. Er wollte Fußballprofi werden, doch sein Traum platzte – und er verlor er die Orientierung. „Ich weiß, was es bedeutet, wenn man vom Weg abkommt. Aber ich weiß auch, wie gut es sich anfühlt,



EDITORIAL

LIEBE BONNERINNEN UND BONNER,

Lasst gesunden Menschenverstand entscheiden!

In wenigen Wochen wird in Bonn der erste Bürgerentscheid der Stadtgeschichte stattfinden. Wir Bonner/innen entscheiden dann darüber, ob das Kurfürstenbad saniert und wiedereröffnet werden soll. Jetzt haben also die Menschen das Wort – und das ist gut so.

Die Haltung der SPD ist klar: Vier Hallenbäder für vier Stadtbezirke! Wir stehen zum Kurfürstenbad in Bad Godesberg – genauso wie zur Sanierung des Hardtbergbads, zum Erhalt der Beueler Bütt und dem Frankenbad. Wir stellen uns gegen die Erpressungsstrategie des Oberbürgermeisters und seiner Koalition, die die Stadtbezirke, ihre Vereine und die Menschen gegeneinander ausspielen. Der OB nimmt die Spaltung der Stadtgesellschaft in Kauf, um seine Idee durchzusetzen.

Wir halten es für unverantwortlich, dass ein Badneubau beschlossen wurde, ohne dass die Kosten für den Bau wenigstens ungefähr bekannt wären.



Wir halten es für unverantwortlich, dass Schüler/innen demnächst mehr Zeit im Bus auf dem Weg ins Schwimmbad verbringen sollen als im Schwimmunterricht selbst.

Wir halten es für unverantwortlich, erst die Bäder verrotten zu lassen, um dann zu sagen, ein Neubaum müsse her.

Wir Bonner/innen entscheiden jetzt, ob ein Bad nach dem anderen geopfert wird, um zwischen Heizkraftwerk Süd und Bahnlinie in Dottendorf ein neues Bad zu errichten, von dem noch niemand weiß, wie viel es kosten wird.

Ich bin sicher: Sie werden die richtige Entscheidung treffen!

Ihre

Bärbel Richter
Bärbel Richter
Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt Bonn



Felix von Grünberg:

MEHR SOLIDARITÄT MIT MENSCHEN IN NOT!



Felix v. Grünberg

RB: Minderheitenschutz; überhaupt Einsatz für alle in schwächeren, machtlosen Positionen sind ja eine Art Lebensmotto; nach über 50 Jahren Engagement stehen nun trotzdem rechte Parteien überall vor den Türen der Macht. Was ist da falsch gelaufen?

Felix: Ich war immer der Meinung, dass man denen eine Stimme geben muss, die auf der Verliererstraße sind. Die, die gewinnen haben schon genügend Unterstützung. Dieses Prinzip ist

leider manchmal auch in meiner Partei nicht so sehr verbreitet. Wir haben viele zurückgelassen, die nun den Glauben an Demokratie, Gleichheit und Teilhabe verloren haben oder skeptisch geworden sind.

RB: Aber Sie haben doch auch konkrete Verbesserungen erreicht.

Felix: Ja, ich bin stolz darauf vielen geholfen zu haben ihre Rechte durchzusetzen, durch meine wöchentlichen Sprechstunden, durch den Mieterverein oder auch im Petitionsausschuss des Landtages. Dazu zählt auch meine Arbeit im Integrationsausschuss für eine allgemeine Akzeptanz von Beteiligungsrechten und meine Bemühungen bezüglich der politischen Wahrnehmung historischer Verantwortung, ob bei der Aufarbeitung der Nazi-Zeit oder

im Einsatz für Kurden, Armenier oder Katalanen. Selbstverständlich gilt dies auch für Bonn, zum Beispiel bei der Erhaltung städtebaulicher Strukturen.

RB: Sie sind Sozialdemokrat. In NRW kann die SPD sich durchaus sehen lassen. Insgesamt aber erscheint sie vielen Menschen heute nicht mehr attraktiv. Was ist Ihr Rat an die eigene Partei?

Felix: Wieder zu lernen, dass Politik auch außerhalb von Gremien, in der Gesellschaft stattfindet und, dass sie auch dort Erfüllung und Erfolg bringt.

RB: Frieden und internationale Verständigung sind ein anderes Leitthema Ihres politischen Lebens. Wie ist die Bilanz?

Felix: Wir denken vor allem an unsere Interessen. Ich hoffe aber, dass die Solidarität wächst und nicht Egoismus. Die Welt ist klein geworden. Alle sind einfacher zu erreichen. Ob tatsächlich, oder über Medien. Deswegen können Krieg und Ausbeu-

tung weltweit uns nicht mehr unbe-rührt lassen.

RB: Wie passt Ihr Einsatz für eigentlich alle Sparten von Kunst und Kultur zu den anderen Themen?

Felix: Im Kunst- und Kulturbetrieb sind wir nach wie vor so arrogant und euro-zentrisch. Ich habe versucht die gran-diose Kunst und Kultur außereuropäischer Länder zu entdecken und zu lieben. Auch die aktuelle. Kunst und Kultur gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen des Menschen.

RB: Im Vorstand der UN-Flüchtlingshilfe werden sie auch in Zukunft bleiben. Was können wir von Felix von Grünberg noch erwarten?

Felix: Das Ausscheiden aus dem Land-reich gibt mir die Möglichkeit für etwas mehr Selbstbestimmung, auch bei meinem Engagement. Es gibt für uns alle noch so viel zu tun!



ABITURZEITVERKÜRZUNG

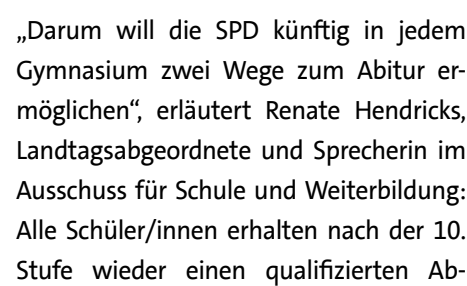
G8 reformieren oder abschaffen?

Die Pisa-Studie brachte es Anfang des Jahrtausends an den Tag: Schüler*innen in Deutschland erbringen im internationalen Vergleich nur eher mittelmäßige Leistungen in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften. Damit geriet das Abitur in die Kritik: Deutschlands Abiturient*innen seien nicht ausreichend wettbewerbsfähig!

Die rot-grüne NRW-Landesregierung brachte daher 2004 einen Antrag zur Reform des Abiturs ein, der bei allen Parteien im Landtag Unterstützung fand. Er sah eine sechsjährige Mittelstufe und eine auf zwei Jahre verkürzte Oberstufe vor. Zudem sollte es die Möglichkeit geben, das Abitur über ein Förderjahr auch weiter nach 13 Jahren zu machen. Die unter Ministerpräsident Rüttgers ab

2005 forcierte Reform reduzierte hingegen die Mittelstufe auf 5 Jahre, ohne dass die Voraussetzungen geschaffen und Lehrpläne angepasst wurden. Dieses im Eilverfahren durchgedrückte „Turbo-Abitur“ wurde Sinnbild einer nicht akzeptierten Schulreform.

Mit dem ab 2010 von Hannelore Kraft und Silvia Löhrmann einberufenen „Runden Tisch G8“ gelang es, den Hausaufgaben-Umfang, die Zahl der Klassenarbeiten und der Unterrichtsstunden im Ganztags zu begrenzen, um die Schüler*innen zu entlasten. Auf dieser Basis entwickelten viele Gymnasien gute Konzepte für ein achtjähriges Abitur. Schul-leitungen und Lehrkräfte sprechen sich daher meist gegen eine Rückkehr zum alten Abitur aus, während Elternvertreter*innen dies mehrheitlich wünschen.



Angelika Esch

„Darum will die SPD künftig in jedem Gymnasium zwei Wege zum Abitur ermöglichen“, erläutert Renate Hendricks, Landtagsabgeordnete und Sprecherin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung: Alle Schüler*innen erhalten nach der 10. Stufe wieder einen qualifizierten Abschluss. Auf die sechsjährige Mittelstufe folgt eine zwei- oder dreijährige Oberstufe. Ende der 9. Klasse können Schüler*innen und Eltern die Form selbst wählen. Die Stufe 10 soll dann flexibel entweder schon auf die Oberstufe und das Abitur nach 12 Jahren vorbereiten, oder mit der Versetzung in die dreijährige Oberstufe und dem Abitur nach 13 Jahren enden.

MEHR SICHERHEIT FÜR BONN



Gabi Mayer

Auch viele Bonner*innen fühlen sich nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt nicht mehr sicher. Vor einigen Jahren gab es bereits einen - nur durch Zufall gescheiterten - Bombenanschlag auf unseren Hauptbahnhof und die dort versammelten Reisenden. In Sachen Terrorabwehr ist auch die Kommunalpolitik auf die Sachkunde der Fahnder angewiesen. Auf Grund der bestehenden Kontakte zwischen Rat und Bonner Polizei können wir über das Engagement unserer Polizisten nur Lobendes sagen.

Kommunale Sicherheitspolitik muss andere Schwerpunkte setzen. Dabei darf man auf das inzwischen vielfach kopierte Modell der Zusammenarbeit von städtischem Ordnungsamt und der Polizei besonders stolz sein. Das Bonner Modell „Gemeinsame Anlaufstelle Bonn-Innenstadt“ (G.A.B.I.) hat inzwischen viele Nachahmer gefunden. Wegen der Abbruch- und Bauarbeiten vor dem Bahnhof ist sie inzwischen in der Cassius-Bastei untergebracht. Für uns ist wichtig, dass die G.A.B.I. in das bis 2019 fertiggestellte Maximiliancenter und somit

wieder in das Zentrum des Publikumsverkehrs zieht. In diesen Zusammenhang gehört auch das „Haus der Sicherheit“ über dessen Bau große Einigkeit in Rat und Verwaltung besteht. 2021 wird es fertig sein.

Die Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsamt werden von Polizei, Verwaltung und den Bonner*innen sehr positiv beurteilt. Eine Ausweitung auf andere Stadtteile, etwa die Bad Godesberger Innenstadt, ist daher erstrebenswert. Die SPD-Ratsfraktion schlägt das vor. Eine andere Forderung ist, „Angst-Räume“ zu verhindern. Dunkle Räume, wie etwa Straßen- und Bahnunterführungen, Parks, Tiefgaragen, Parkhäuser und ähnliches, müssen gut ausgeleuchtet und Bäume und Hecken regelmäßig zurückgeschnitten werden, um so diese Orte auch in der dunklen Jahreszeit attraktiver und somit sicherer zu machen. Es gilt die Erfahrung: je belebter unsere Stadt ist, desto höher ist das Sicherheitsgefühl.

Die aktuelle Forderung nach mehr Videokameras im öffentlichen Raum sehen die Sozialdemokrat*innen im Rat differenziert. „Sie helfen kaum, kriminelle Handlungen zu verhindern und nicht einmal verlässlich bei der Aufklärung von Straftaten Videoüberwachung ist kein Allheilmittel und kann allenfalls in Verbindung mit anderen Maßnahmen helfen“, so SPD-Ratsfrau Angelika Esch.



Drei Fragen – drei Antworten

RESPEKT UND HERZENSBILDUNG!

Rheinblick hat 3 Bürger/innen drei Fragen zur Schulbildung gestellt. Die Antworten der Leiterin der Marie-Kahle-Gesamtschule, Sabine Kreutzer, von Monsignore Schumacher, dem Stadtdechanten und von Dr. Hubertus Hille, Hauptgeschäftsführer der IHK, haben manches gemeinsam. Alle sehen im gegenseitigen Respekt das wichtigste Lernziel für das friedliche Zusammenleben.

- Wir haben**
1. nach den wichtigsten Erfahrungen aus der eigenen Schulzeit und den Kompetenzen, die heute besonders nötig sind, gefragt.
 2. Wir wollten wissen, ob Klagen von Hochschulen über unzureichendes Wissen der Schulabgänger/innen berechtigt sind und
 3. welche Fähigkeiten für das soziale Zusammenleben heute besonders wichtig sind.

Frau Kahle erlebte ihre Schulzeit als besonders nützlich, wenn sie als Schü-

ler selbst denken lernen konnte, statt Entscheidungen abgenommen zu bekommen. Schule solle kein „Navigations-system“ sein, sondern die Anstrengung fördern eigene Wege zu finden. Dechant Schumacher ist dankbar für die breite Allgemeinbildung, die er an der Schule erfahren hat und nennt als besonderes Beispiel Kunstgeschichte, auf die ihn schon die Schule neugierig gemacht habe. Dr. Hille antwortet, die Schule habe ihn gelehrt, sich nicht so schnell entmutigen zu lassen.

Dass die Jugend heute dümmere sei als früher habe schon Sokrates vor 2500 Jahren beklagt, erinnert Frau Kahle, bekräftigt den Wert der Wissensvermittlung und spielt den Ball an die Kritiker der Jugend in Betrieben und Hochschulen zurück: Man müsse den jungen Menschen genauer erklären, was man von ihnen erwarte. Msgr. Schumacher erfuhr als Hochschulpfarrer, dass die frühzeitige Spezialisierung Ursache vieler Probleme sowohl von Studierenden

als auch in Ausbildungsbetrieben sei. Auch Dr. Hille teilt die pauschale Kritik am Bildungsstand der Jugend nicht. Der Bildungsstand sei allgemein höher als früher. Doch die hohe Zahl an Studien- und Schulabbrechern zeige, wo die Probleme der Ausbildungsbetriebe liegen. Als wichtige Kompetenzen für das friedliche Zusammenleben gelten Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit, Gestaltungsfähigkeit und Respekt für Andere (Frau Kreutzer); gegenseitiger Respekt, Offenheit für und Neugier auf Andere sowie „Herzensbildung“ (Msgr. Schumacher); Toleranz, Rücksichtnahme und Einhaltung von Regeln (Dr. Hille). Eine fast deckungsgleiche Einschätzung, wie „Rheinblick“ findet.

Wie immer finden Sie die kompletten Fragen und vollständigen Antworten unter www.bonner-rheinblick.de



Gabriel Kunze:

Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe

KEIN KIND ZURÜCKLASSEN!

Gabriel Kunze (35), Vorsitzender der Bonner SPD, leitet beruflich die Geschäftsstelle des Kinder- und Jugendrings Bonn e.V. In dieser Funktion ist er auch Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Im Mai kandidiert er für die SPD bei der Wahl zum Landtag.

RB: In Bonn leben mehr als 55.000 Kinder und Jugendliche. Spricht das für die Attraktivität unserer Stadt?

Kunze: Ganz klar. Bonn ist eine der wenigen Städte in NRW mit Geburtenüberschuss. Junge Familien ziehen gerne nach Bonn. Das ist gut. Aber wir müssen noch mehr für Kinder und Familien tun!

RB: Hat denn die Stadt nicht, auch auf Initiative der SPD, schon viel in die Kinderbetreuung investiert?

Kunze: Ja, in diesen Bereich wurde in den letzten Jahren viel investiert. Aber Ausbau und Entwicklung der Jugendhilfe und der Jugendarbeit sind vernachlässigt worden. Erst kürzlich stellte eine Studie der Bertelsmann-Stiftung fest, dass in Bonn

seit 2011 die Kinderarmut stark gestiegen ist. Fast jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen oder gefährdet!

RB: Bei uns muss doch aber kein Kind hungern!

Kunze: Nein, ganz so schlimm ist es nicht, aber es gibt viele Kinder, die ohne Frühstück zur Schule gehen, nicht richtig gekleidet sind oder an Klassenfahrten nicht teilnehmen können, weil den Eltern das Geld fehlt. Familien mit durchschnittlichen Einkommen und Alleinerziehende können sich Bonn fast nicht leisten. Hohe Mieten und hohe Kita/OGS-Gebühren machen ihnen das Leben schwer.

RB: Aber das Bonner Jugendamt stellt doch viele Hilfen bereit.

Kunze: Das stimmt, es gibt viele Angebote; auch gerade von freien Trägern der Jugendhilfe. Aber wenn es um den Ausbau und die Verbesserung der Jugendhilfe geht, werden die dafür notwendigen Gelder häufig nicht zur Verfügung gestellt.

RB: Was schlägt die SPD vor?

Kunze: Bestes Mittel Armut zu verhindern, ist die gute Bildung unserer Kinder und Jugendlichen, damit sie in ihrem späteren Leben erfolgreich sind. Daher ist jede Investition in unser Bildungssystem richtig! Auf Bundesebene müssen wir dringend über bessere finanzielle Hilfen für ärmere Familien sprechen. Ein paar Euro Kindergeld-Erhöhung reichen da nicht. Um junge Familien und Alleinerziehende zu entlasten, wollen wir die Kita/OGS-Gebühren abschaffen und die Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene ausbauen.

RB: Aber kann sich der Staat das noch leisten?

Kunze: Es ist ja Geld vorhanden. Bund und Land erwirtschaften Überschüsse. Auch die Stadt Bonn hat eigentlich genug Geld. Das wird aber anders eingesetzt. Das Land NRW hat kürzlich das Förderprogramm „Kein Kind zurücklassen“ aufgelegt, an dem die Stadt Bonn aber nicht teilnehmen will.



Gabriel Kunze

RB: Mit welcher Begründung?

Kunze: Die Stadtverwaltung hat mitgeteilt, dass sie keinen Bedarf sieht und kein Personal dafür hat.

RB: Was müsste denn aus Ihrer Sicht anders werden?

Kunze: Es muss ein Umdenken stattfinden. Wir müssen unsere Prioritäten

anders setzen. Ich finde, wir müssen das nötige Geld bereitstellen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Es wird auf Dauer teuer, wenn wir nicht in Bildung und Unterstützung junger Menschen investieren.

RB: Wir danken für dieses Gespräch.

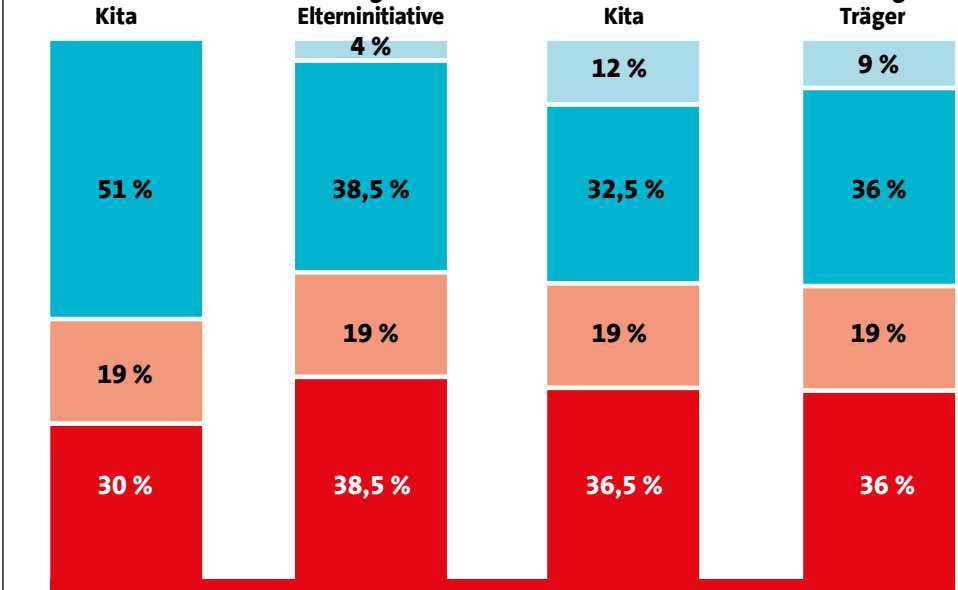
Werden auch Sie Teil der Sozialdemokratie. Unter www.spd.de/unterstuetzen/mitglied-werden/ können Sie ganz einfach Mitglied in der SPD werden.

KINDERBETREUUNG

Beitragsfreiheit der Kita als Ziel

Bonn gilt als Stadt mit guter, kinderfreundlicher Infrastruktur. Derzeit gibt es 9.481 Kita-Plätze und 3.875 Plätze für unter Dreijährige. Es gibt aber noch vieles zu verbessern, denn der Bedarf an Betreuungsplätzen liegt in allen Altersgruppen noch höher. Die Initiative der SPD zur Erhöhung der Plätze in den Offenen Ganztagschulen (OGS) wurde von der Ratsmehrheit leider nicht unterstützt. Auch die Öffnungszeiten sind nicht bedarfsgerecht: Für Berufstätige ist es ein Problem, wenn Kita und OGS pünktlich um 16.30 Uhr oder 17.00 Uhr schließen. Das ist mit vielen Arbeitszeiten kaum vereinbar - erst recht für Alleinerziehende oder bei großer Entfernung zum Arbeitsplatz. Aber statt hier zu helfen hat die Ratsmehrheit die Belegungszeiten der OGS im letzten Jahr sogar gekürzt! Ein weiterer Streitpunkt

sind die Kita-Beiträge. Nachdem die Landesregierung NRW 2014 das dritte Kita-Jahr beitragsfrei gestellt hatte, wurde dieser Beschluss in Bonn – gegen den Rat der SPD – in Teilen nicht umgesetzt: Familien mit mehreren Kindern sollten trotzdem Beiträge zahlen, da sie durch die Beitragsfreiheit der Geschwisterkinder schon begünstigt seien. Dagegen klagten Eltern erfolgreich vor Gericht und die Stadt musste diese Beiträge zurück erstatten. Im Ergebnis zahlen Familien mit mehreren Kindern ab jetzt also gar keine Beiträge mehr, sofern sich ein Kind im letzten Kita-Jahr befindet. „Getreu der Maxime „kein Kind zurücklassen“ arbeiten wir aber auf die völlige Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten hin“, kündigt Dörthe Ewald, Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD im Rat an.



Öffentlich geförderte Kindertageseinrichtungen nach Trägern

Kirchliche Träger 29,5 %
Städtischer Träger 34,3 %
Elterninitiativen 15,5 %
Sonstige Träger 20,8 %

Anteil der Kinder in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen nach Trägern

Kirchliche Träger 27,4 %
Städtischer Träger 43,3 %
Elterninitiativen 9,3 %
Sonstige Träger 19,9 %



IHRE STIMME IST GEFRAGT!

Bürgerentscheid zu Bonner Hallenbädern

Der erste Bürgerentscheid in der Geschichte Bonns findet vom 31. März bis 21. April 2017 statt. Alle in Bonn zu Kommunalwahl stimmberechtigte Bürger*innen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr sind aufgerufen, am Entscheid teilzunehmen. Bis 31. März werden sie eine Abstimmungsbenachrichtigung mit den nötigen Unterlagen erhalten. Dann haben Sie Zeit, ihre Stimme per kostenlosem Brief bis spätestens zum 21.4. abzugeben. (Infos zum Thema: Seiten 1, 2 und 3)

Die Abstimmung findet ausschließlich per Brief statt.